

Internationale Wasserpolitik – quo vadis?

Wasser gilt – viel zitiert – als lebenswichtiges, weil nicht adäquat ersetzbares Gemeingut. Die nachhaltige Bewirtschaftung dieser Ressource ist weltweit entscheidend für die Versorgungssicherheit, die Integrität von Wasserökosystemen und somit letztendlich für unsere Lebensgrundlagen. Dieser Beitrag soll zeigen, welche Regulationsstrukturen und Akteursnetzwerke auf internationaler Ebene existieren, die den Umgang mit Wasser leiten können und welche Lücken in der globalen Wasserpolitik bestehen.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Schlagzeilen mit Wasserbezug. Sei es aufgrund verschärfter Knappheiten und dementsprechender Versorgungsschwierigkeiten oder aber aufgrund unkontrollierbarer Häufigkeit in Form von Überschwemmungen, Fluten und anderer Naturkatastrophen. Als Beispiele seien einerseits die Wasser-Knappheit und anhaltende Trockenheit in Kalifornien, Sao Paulo oder verschiedenen Ländern im südlichen Afrika genannt, andererseits die in immer höherer Frequenz auftretenden Fluten in Südostasien, die in den vergangenen Jahren tausende von Opfern gefordert haben (UNISDR 2014).

Neben physischer Verknappung trifft man auch immer wieder auf Wasserprobleme, die auf schlechtes Management der vorhandenen Ressourcen zurückzuführen sind. Mangelnde oder fehlende Infrastruktur verhindern häufig eine ausreichende Bereitstellung von Trinkwasser in ausreichender Qualität, Menge und Preisgestaltung. Fortlaufenden Bestandsaufnahmen der Vereinten Nationen im Rahmen des *Joint Monitoring Programms* (WHO/Unicef 2014) zufolge hat immer noch fast eine Milliarde Menschen keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser. Derlei Untersuchungen sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten, sind doch Qualitätsfaktoren häufig nicht Teil solcher Erhebungen, so dass die Wasserversorgung für einen noch höheren Bevölkerungsanteil schwierig sein dürfte. In diesem Zusammenhang ist auch die weithin katastrophale Sanitärversorgung zu nennen. UN-Schätzungen zufolge haben nahezu 2,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu adäquater Sanitärversorgung, d. h. keinen Zugang zu Toiletten oder Abwasseranlagen, die nicht gesundheitsgefährdend sind oder der Umwelt schaden.